



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom
19.10.2008

GEMEINE SONNTAGSZEITUNG, 19. OKTOBER 2008, NR. 42

en Nummernschilder an den Autos, die in den kommenden Jahren eingeführt werden sollen, wird doch tatsächlich der Verzicht auf das Schweizerkreuz diskutiert. *du.*

* * *

Kürzlich bekam der Präsident des Europäischen Parlaments, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), einen unangenehmen Brief. Darin geht es um Sex-Sklaverei, Menschenhandel und krumme Machenschaften von Hotelbesitzern – eine wenig präsidentiale Materie also. Und die Post kam nicht etwa von einer Menschenrechtsorganisation, sondern von den lieben Kollegen. 37 Europa-Abgeordnete aus Skandinavien fordern, dass Mandatsträger nicht in Hotels übernachten dürfen, in denen sexuelle Dienstleistungen angeboten werden – was offenbar häufig der Fall ist. Es bedürfe eines „Mentalitätswandels“, heißt es in dem Brief. Viele Häuser versorgten ihre Gäste mit Prostituierten, als seien diese eine „handelsübliche Ware“. Sie sollten



Unerotisch: Europa-Abgeordnete gegen Prostitution in Hotels Foto W. Eilmes

dies unterlassen und dem Parlament eine Garantieerklärung abgeben. Skandinavische Gremien verlangten dies schon seit einigen Jahren. Offenbar zielt die Initiative vor allem auf die monatliche Parlamentswoche in Straßburg. Eine große deutsche Boulevardzeitung will erfahren haben, dass die Stadt in Politikerkreisen auch „Strapsburg“ genannt wird. Ein Abgeordneter berichtet von Gerüchten, nach denen die Zahl der Prostituierten in der Stadt just während

der Plenartage stets sprunghaft ansteige. Bislang blieb der Brief noch unbeantwortet. Im Büro Pötterings heißt es aber, man könne das Anliegen nur unterstützen; der Vorschlag werde derzeit beraten. Auch andere Politiker halten die Initiative für sinnvoll – ein bayerischer Europa-Abgeordneter etwa. Der sagt, für ihn sei die Stadt im Elsass zwar eher „Stressburg“ – wegen der häufigen Sitzungen, versteht sich. Aber er könne ja nur aus seiner eigenen Erfahrung berichten. *tbub.*

* * *

Hinter **Christian Maaß** liegen harte Wochen. Als Staatsrat in der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt versuchte der Politiker der Grün-Alternativen Liste (GAL) vergeblich, Vattenfall am Bau des Kraftwerks in Moorburg zu hindern. Am Freitag gab es für ihn aber einen netten Termin. Seit März stellt die Stadtreinigung Hamburg blaue Papiertonnen auf, in denen Altpapier gesammelt wird. Am Freitag war es die 88 888., aufgestellt im Ortsteil Groß Borstel. Die Schnapszahl war für Maaß Anlass, dort vorbeizuschauen. Stadtbetriebe sind bei den Grünen derzeit nämlich wieder sehr beliebt. Am liebsten würde die GAL die gesamte Energieversorgung der Stadt zurück in städtische Hand geben und droht Vattenfall auch damit. Der Koalitionspartner CDU hat nichts dagegen, so wie er nichts dagegen hatte, dass die GAL versuchte, Moorburg doch noch zu verhindern. Freilich ist auch die blaue Tonne in Hamburg in gewisser Weise ein rotes Tuch. Papier als wichtiger Rohstoff hat auch einen privaten Entsorger angelockt. Auf einmal gab es zwei blaue Tonnen. Die Stadtreinigung beschleunigte daraufhin die Auslieferung ihrer Tonnen. Alle 104 Ortsteile sind inzwischen versorgt. Zudem kam der Fall vor Gericht und ist derzeit noch, wie man so sagt, anhängig. Staatsrat Maaß jedenfalls zeigte am Freitag: Er ist zwar gegen Energiemonopole, findet Monopole in der städtischen Versorgung aber gut. *F.P.*